

## Lehren aus der Onlinelehre

Viele Hochschulen kehren zum neuen Semester zur Präsenz zurück. Was hat man aus der Corona-Zeit gelernt?

Von Daniel Hornuff und Marcel Schütz

Die deutschen Universitäten öffnen wieder. So ließen sich die aktuellen Ankündigungen der meisten akademischen Institutionen des Landes zusammenfassen. Nach bald zwei Jahren, in denen die akademische Lehre auf die Herausforderungen der Pandemie reagieren musste, soll das anstehende Sommersemester ein Semester werden, das „mit möglichst viel Präsenz“ (Freie Universität Berlin) aufwartet. Mancherorts wird schon ein vollständiges „Präsenzsemester“ (Universität Hamburg) in Aussicht gestellt, eine Lehrform also, die sich klar von zuletzt favorisierten „Online-Semestern“ (Hochschulrektorenkonferenz) unterscheidet.

Die Stimmung an den Universitäten ist mindestens zwiespaltig: Viele treten dafür ein, wieder regelmäßig und uneingeschränkt vor Ort lernen, zusammen arbeiten, gemeinsam diskutieren, den Campus mit neuem Leben füllen zu können. Für sie stehen persönliche Begegnungen und direkter Austausch an oberster Stelle. Daneben gibt es nicht wenige, die zwar ebenfalls für ein Ende der reinen Onlinelehre eintreten, dies allerdings mit der Hoffnung verbinden, dass nicht verloren geht, was in der Zeit der massiven Pandemie gewonnen und neu entwickelt worden ist. Denn so verständlich der Wunsch nach (physischer) Präsenz auf dem Campus ist, so bedauerlich wäre, würden alternative Präsenzmodelle in Vergessenheit geraten. Daher unser Plädoyer: Lasst uns an den Universitäten und Hochschulen Präsenz in einem breiten Sinne wertschätzen – und unterschiedliche Lehr- und Lernformate in den zukünftigen akademischen Alltag gleichberechtigt integrieren!

Interessanterweise ist es an Hochschulen gar nicht so leicht, das Thema pragmatisch und souverän handzuhaben. Dabei könnte man gerade in der Wissenschaft wissen, welche guten Erfahrungen die Forschung über Mischlösungen bietet. Es ist eben – oh Wunder! – nicht das eine oder das andere, sondern beides in einem: Bestimmte Lehrinhalte, speziell instruktiv-einführender und interpersoneller Art, sind wie gemacht für Präsenzunterricht. Eine Reihe aufbauender Lehrinhalte indes eignet sich gut für das sogenannte Blended-Learning-Konzept: Es gibt örtliche Termine und Termine in Fernlehre. Ein Beispiel: Auf zwei bis drei Ortstermine zur Einführung zu Beginn des Semesters folgen Webkonferenzen, auch in kürzerer

Form, statt neunzig Minuten etwa nur eine halbe oder eine Stunde, verbunden mit ergänzenden Medien (beispielsweise Lehrfilmen und Podcasts) sowie Gruppenphasen und Arbeitsaufträgen. In der Mitte und zum Ende des Semesters gibt es abermals Präsenztermine. Präsenz hat in diesem Lehrdesign eine verankernde und stabilisierende Funktion. Sie ist Mittel zum Zweck, aber nicht der Zweck selbst.

Studenten arbeiten heute so viel wie nie zuvor in Lern- und Prüfungsgruppen, bewerkstelligen regelmäßig Projekte und Präsentationen. Elemente des regelmäßigen Distanzunterrichts sind hiermit geradezu organisch verbunden – auf Dozentenniveau und Vertiefungstermine folgen Abläufe der Selbstorganisation. Die Studenten müssen in dieser Lehrform selbstständig Zeit- und Arbeitspläne anlegen. Eine Aufgabe, die man von Erwachsenen im fortgeschrittenen Studium (vor allem in der Master-Phase) erwarten und für die man sie qualifizieren kann. Lehrinhalte mit stark informativen Anteilen können im Übrigen auch in Audioform eingespielt werden, diese verlangen gar keine Echtzeit und nicht unbedingt Bild und Farbe. Das vielleicht Wichtigste bleibt oft unerwähnt: Es bedarf einer guten Lernplattform, über die analoge und digitale Aktivitäten mit aktuellen und vielfältigen Fachmedien, Dateien, Projekträumen und Dozenten-Chats organisiert und eingesetzt werden. Diese Strukturen werden mangels Zeit oft noch stiefmütterlich behandelt.

Auch an kleineren Institutionen sollten Mischformen zukünftig berücksichtigt werden. Das Studium etwa an Kunsthochschulen ist oft nur noch durch formale Vorgaben überwiegend in Ateliers, Klassenräumen und physischen Werkstätten organisiert. Dabei arbeiten immer mehr Studenten – halb selbst organisiert, halb angeleitet – mit digitalen Werkzeugen, sie entwickeln digitale Programme, organisieren sich über Onlineplattformen, informieren sich über aktuelle ästhetische Entwicklungen in den sozialen Medien und vertreiben dort schon während ihres Studiums erste Arbeiten.

Gleichwohl sollte auch hier darauf geachtet werden, der Vielfalt der Bedürfnisse gerecht zu werden. Eine über euphorische Verlagerung aufs Digitale verprellt Studenten, denen der unmittelbare Austausch mit Dozenten und Kommilitonen ein wesentlicher Gewinn der Studienphase ist. Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, wie wichtig vielen Studenten die Möglichkeit des Zusammen-



Provisorium der Corona-Phase: die Votivkirche in der Innenstadt wurde von der Universität Wien zeitweise als Seminarraum genutzt

Foto dpa

findens ist. Oftmals aus der ganzen Welt kommend, ist die Universität jener Platz, an dem Austausch im umfassenden Sinne kultiviert werden kann. Gerade zu Hochzeiten der Pandemie wusste fast jede an der Universität beschäftigte Person von Studenten zu berichten, die über Vereinssamung klagten oder sogar plötzlich nicht mehr erreichbar waren. Der Bildungsort Universität bietet eben auch einen sozialen Rahmen, und dieser sollte nicht voreilig gegen das soziale Versprechen der digitalen Kommunikation eingetauscht werden.

Umgekehrt scheint ein Problem des Bestrebens nach genereller Präsenzlehre zu sein, dass damit auch Legitimationsfunktionen bedient werden sollen. Viele Hochschulen haben ein starkes Bedürfnis, sich vom Konzept der Fernhochschule abzugrenzen. Man fürchtet, in dieser Liga nicht mitspielen zu können, oder sieht die Gefahr, dass Studenten so sehr auf den Geschmack kommen könnten, dass man sie ganz aus den Augen verliert. Nicht zu unterschätzen sind auch (versteckt) „disziplinierende“ Gründe: Über die Präsenz vor Kontrolle der

Anwesenheit erreicht werden. Auch digital versucht man Ähnliches: etwa durch Kamerazwänge, mit denen man sicherstellen will, dass die Menschen auch wirklich am Schreibtisch sitzen und nicht etwa noch im Bett dem Geschehen folgen. Im Grunde sind viele dieser versteckten Instrumente zur Kontrolle von Erwachsenen fragwürdig.

Generell ist anzunehmen, dass eine zu starke „Reformalisierung“ des Alten auch informelle Abwehr und kreatives Unterlaufen provoziert. Es entstehen dann formale und informelle Realitäten des Lehrbetriebs. An vielen großen Hochschulen würden die digitalen Erleichterungen auch dann weiter genutzt, selbst wenn es offiziell die Lösung gibt, ganz in den alten Modus zurückzukehren. Es geht eben nichts auf Kommando, auch wenn die Landeshochschulgesetze entsprechende Vorgaben machen. Menschen finden neue Routinen, lernen sie schätzen und behalten sie längerfristig bei. Wo kein Kläger, da kein Richter.

Gut informierte Hochschulleitungen haben das erkannt: Die Dozenten werden explizit ermutigt, ihre Lehre so zu organisieren, wie sie das fachlich und methodisch verantworten können. Heißt: Das Arrangement digitaler und analoger Formen ist Sache der Lehrenden, nicht der Präsidien. Aber es gibt auch den anderen, derzeit sehr häufigen Fall: Die Formulierungen von oben werden so gehalten, dass man alles Mögliche herauslesen kann. Abstrakt ist von der „Weiterentwicklung der neuen Methoden“ die Rede, von der „Fortsetzung von Erfahrungen“ und davon, dass es die „hybriden Lehr- und Lernkonzepte didaktisch und technisch weiter zu optimieren“ gelte. Nichts Genaueres weiß man nicht. Das ist vielleicht auch organisatorische Klugheit. Motto: Wir sagen, dass das alles sehr interessant ist. Und den Rest, den könnt ihr euch denken.

Wie auch immer man es dreht und wendet – aus unserer Sicht scheinen die Dinge so zu liegen, dass das Thema der Fernlehre mit größeren Vorbehalten einhergeht, die eher nicht in der direkten Wissensvermittlung selbst liegen, son-

dern in den Ansprüchen an eine bestimmte Rahmung dieser Wissensvermittlung. Hier muss man sich schlicht die Frage stellen, ob strenge Präsenzerwartungen noch dem Stand der Zeit, dem Stand des Wissens über das Lernen und die Lernmotivation entsprechen. Umso mehr sollte Raum für Abwägungen geschaffen werden. Die harten Phasen der Pandemie zogen einen intensivierte Austausch unter Universitätsbeschäftigten nach sich. Über Monate hinweg wurde endlich wieder über Lehre diskutiert. Diese Debatten sollten Anlass genug sein, der Frage nach der guten Lehre auch zukünftig jene Aufmerksamkeit zu schenken, auf die Studenten ein Anrecht besitzen. Weder ein Präsenz- noch ein Digitalfetisch dürfte dieser Aufgabe gerecht werden.

Daniel Hornuff lehrt an der Kunsthochschule/Universität Kassel Theorie und Praxis der Gestaltung.

Marcel Schütz lehrt an der Northern Business School Hamburg und den Universitäten Bielefeld und Oldenburg.

## Nebenkosten einer Bewegung

Open Access zwingt den Geisteswissenschaften ein ihren Bedürfnissen schlecht angepasstes System auf / Von Laurenz Lüticken

So viel erklärte Offenheit in der Wissenschaft war noch nie: open science, open content oder open access. Offenheit versteht sich in dieser andauernden wissenschaftspolitischen Offensive jedoch nicht qualitativ, sondern quantitativ, gemeint ist also nicht die Freiheit der Wissenschaft, sondern der freie Zugang zu möglichst vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen, für die Protagonisten unweigerlich geknüpft an die Digitalität. Diese ist unterdessen vom technischen Hilfsmittel zum absoluten Paradigma aufgestiegen. Die forschungsfördernden Institutionen, so zum Beispiel die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG, erklären folglich nicht nur, eine Open-Access-Publikation könne „jede und jeder lesen, herunterladen, speichern, verlinken, drucken und damit entgeltfrei nutzen“. Sondern sie verpflichten zugleich zum einheitlichen Publikationsweg. Beim Schweizerischen Nationalfonds SNF heißt es, ähnlich wie beim österreichischen Fonds wissenschaftliche Forschung FWF, deklaratorisch, jeder Beitragsempfänger sei verpflichtet, seine Resultate „in frei zugänglichen Publikationen oder Datenbanken zu veröffentlichen (Open Access)“.

Das Format des Open Access geht auf die neunziger Jahre zurück. Die Akteure bezeichnen sich selbst nicht selten, wie auch im Falle von „open science“, als Teil einer „Bewegung“, so etwa beim Tübinger Leibniz-Institut für Wissensmedien oder im deutschen Wissenschaftsrat. Die inzwischen unübersehbare Fülle von Verlautbarungen, Strategiepapieren, Erklärungen und Verheißungen wird, dem Status einer Bewegung entsprechend, geeicht durch eine monochrome ideologische Grundierung, eben, wie etwa bei der UNESCO,

durch die Proklamation einer freien Partizipation aller an allem. In den Worten des SNF: „Mit öffentlichen Geldern finanzierte Forschungsergebnisse sind ein öffentliches Gut.“

Inzwischen hat sich der deklaratorische Charakter des Prozesses so weit verfestigt, dass Widerspruch in der Regel als exklusives Aufbegehren hoffnungslos Gestrig abgetan wird. Doch der Begründungszusammenhang wirft in seiner logischen Nonchalance nach wie vor grundlegende Fragen auf, schon deswegen, weil einen die Selbstschätzung als „Bewegung“ zum Innehalten veranlassen müsste. Denn „Bewegungen“, die in diesem Fall zum Gradmesser von Wissenschaftspolitik werden, instrumentalisieren, mit Niklas Luhmann, ein Maß an „moralischem Nachdruck“ derart, dass die Grenze zur Gesinnung naturgemäß überschritten wird.

Doch auch das mantrahft wiederholte Dogma des freien Zugangs birgt manche Unwägbarkeiten in sich. Da nützt der Verweis auf die ständig steigende Zahl von Open-Access-Nutzern wenig, denn was sollte anderes herauskommen, wenn man Forschungsgelder doktriniert und zwingend mit einem bestimmten Publikationsweg verknüpft? Der „offene Zugang“ zur Wissenschaft ist keine Erfindung des 21. Jahrhunderts, denn der Gang in Bibliotheken war, zumindest in freien Gesellschaften, stets müheles möglich. Es gab auch dort schon Fernleih- und Reproduktionsaufträge, das alles war zwar mit Wartezeiten verbunden, aber in der Regel nicht mit gravierenden, und wenn, dann zumeist konservatorischen Einschränkungen.

Es hat sich also vor allem das technische Format verändert – und damit

selbstverständlich die Geschwindigkeit. Hier treffen jedoch, in einer quantitativ ausgerichteten Wissenschaftspolitik in der Regel völlig vernachlässigt, unterschiedliche „Fachkulturen“ aufeinander. Die Verfüg- und Beherrschbarkeit von „Forschungsdaten“ mag in den Natur- und Geisteswissenschaften eine exponentiell gewachsene Herausforderung darstellen. Springer Nature hat, laut Selbstauskunft, 2021 mehr als 67 000 wissenschaftliche Artikel zur Covid-Forschung publiziert.

Wie immer man eine solch einschüchternde Zahl bewerten mag, in den Geisteswissenschaften liegen die Dinge nach wie vor grundsätzlich anders. Natürlich werden auch dort „Forschungsdaten“ generiert, doch in einem sehr viel geringeren Ausmaß – und eben nicht notwendig als Hauptzweck, und selbst dort, wie bei einem Lesetext oder einer Partitur, nicht zwingend in finaler Digitalform. Es geht in den Geisteswissenschaften, sofern sie sich nicht vordergründig politisieren, ja nicht um Lösungen, sondern um Probleme, nicht nur um Befunde, sondern um deren Reflexion. Deswegen kommt dem fest konturierten Text, sei es als Artikel, sei es als Buch, eine Schlüsselrolle zu. Die „Halbwertszeit“ eines herausragenden geisteswissenschaftlichen Textes kann genau deswegen auch nach Jahrzehnten noch immer nicht erreicht sein.

Den Verlagen kam in diesem Prozess nicht die Rolle geldgieriger Akteure zu, denn wer einen geisteswissenschaftlichen Verlag vor allem aus Gründen der Profitmaximierung betreiben wollte, der hatte damit auch schon vor hundert oder zweihundert Jahren keine besonders gute Idee. Mit der Delegierung der Veröffentlichung an Verlage war und ist, jedenfalls in den Geisteswissenschaften,

vielmehr eine lang gewachsene, kompliziert abgedeferte Expertise verbunden mit dem Vorteil, dass sie vom Produktionssystem der Universität auf einen gewissermaßen „neutralen“ Grund ausgelagert werden konnte. Der Verlag oder die Publikationsreihe sind für ein geisteswissenschaftliches Buch deswegen nach wie vor keine beiläufigen Randerscheinungen. Die Vielfalt anspruchsvoller Verlage, in den letzten Jahren bereits erheblich dezimiert, berührt einen zentralen Lebensnerv.

Der Kerngedanke der Open-Access-Bewegung, öffentlich geförderte Forschung habe für die Öffentlichkeit frei zugänglich zu sein, hat überdies eine Kehrseite. Denn für dieselbe Öffentlichkeit, nicht selten dann doch auf die Zugehörigkeit zu einer akademischen Institution beschränkt, ist dieses Privileg keineswegs kostenneutral, es sind dafür weitere und erhebliche finanzielle Mittel aufzuwenden. Überall existieren inzwischen Fonds zur Unterstützung von Open-Access-Publikationen; an der TU Berlin wurden dafür etwa 2020 weit über 200 000 Euro investiert. Das sind jedoch verschwindend geringe Summen gegenüber den potentiellen Folgen des erweiterten Open-Access-Postulats, denn längst geht es ja um die digitale Bereitstellung aller vorhandenen Bestände. Das Digitalisierungszentrum der Bayerischen Staatsbibliothek hält inzwischen weit über zwei Milliarden Dateien bereit, in einem Volumen von mehr als eintausend Terabyte. Unübersichtlich sind dabei nicht nur die schieren Mengen, sondern zugleich die damit verbundenen Kosten.

Natürlich, Schätzungen variieren, aber bei dieser Größenordnung erscheint für die Langzeitarchivierung ein erheblicher Millionenbetrag in zehn Jahren nicht

unwahrscheinlich, Update- und Energiekosten nicht mitberechnet. Die Server beanspruchten in Deutschland 2020 gesamthaft sechzehn Milliarden Kilowattstunden, in der Schweiz im Vorjahr bereits mehr als zwei Milliarden, was wenigstens eine Ahnung des mit Bereitstellung und Nutzung verbundenen Energieverbrauchs in diesem Segment zulässt.

Diese alles andere als nachhaltige Explosion hängt zweifellos mit einer geradezu erbarmungslos auf Quantifizierung ausgerichteten Grundhaltung zusammen, also mit einer klaren, aber sinnfreien Äquivalenz von Klickzahlen und Relevanz. Für die Geisteswissenschaften ist dies irreführend. Vor allem in Feldern der Hochspezialisierung sind die Communities nicht selten sehr klein, weswegen die Beteiligten oftmals nicht in einem anonymen, sondern persönlichen Austausch stehen; das gilt für spätantike Handschriften ebenso wie für die Oper des frühen siebzehnten Jahrhunderts. In Zeiten des Buchdrucks wurden deswegen Publikationen nicht selten in Dreihundertertausendauflagen gedruckt, im Blick auf ein weltweites Interesse, das es zu befriedigen galt. Die Akteure wussten sich dann im Einzelfall zu helfen. Ist es wirklich verantwortlich, eine kaum überschaubare Menge von Daten für den unwahrscheinlichen Eventualfall zu erzeugen?

Natürlich gibt es auch hier positive Kollateralschäden, etwa die Möglichkeit zur Volltextsuche in historischen Beständen. Aber rechtfertigt dieses Privileg einer sehr kleinen Gruppe tatsächlich Investitionen unübersehbaren Ausmaßes? Die Relevanz einer Studie zur Neumenschrift entscheidet sich niemals an Klickzahlen. Es stellt sich daher die keineswegs beiläufige Frage, was damit gewonnen ist, wenn man sie jederzeit und überall auf der Welt gratis herunterladen können soll – und

was das eigentlich kostet. Zweifelloser verursachen Bücherregale, selbst wenn sie neuer Standorte bedürfen, und fallweise Digitalisierungen ganz erheblich geringere Folgekosten.

Es wäre daher schon viel gewonnen, wenn wieder Besonnenheit und Augenmaß in eine Debatte zurückkehren würden, deren vordergründige Ideologisierung mehr als fragwürdig ist. Warum sollte ein Forschungsprojekt nicht auch in die Publikation eines Buches in einem renommierten Verlag münden dürfen? Warum sollten wissenschaftliche Publikationswege nicht, wie bisher stets, frei wählbar sein und bleiben? Warum sollen nicht weiterhin heterogene Bedürfnisse diverser Disziplinen die Quantität und Qualität von Veröffentlichungen bestimmen dürfen? Für die Art der Teilhabe hätte dies keinerlei Konsequenzen, für die Qualitätssicherung jedoch durchaus.

Nach vorläufigen Schätzungen, etwa aus der Universität Bremen, soll es um die Mitte der 2020er-Jahre ein weltweites Forschungsdaten-Volumen von 175 Zettabyte geben. Was davon tatsächlich genutzt wird, steht in den Sternen, wie es um die wirkliche Langfristigkeit aussieht, ist ein ungedeckter Scheck. Herbert Eimer prognostizierte 1953, der Vorzug der elektronischen Musik läge darin, „jederzeit reproduzierbar“ zu sein. Zwei Generationen später sind die meisten der damit gemeinten Magnettonbänder, wenn überhaupt noch vorhanden, archäologische Sanierungsfälle. Dagegen ist die absurde Phantasie von Borges, alles Weltwisse bedürfe doch nur eines einzigen Buchs mit einer unendlichen Zahl unendlich dünner Blätter, nichts als behaglicher Realismus.

Laurenz Lüticken ist Professor für Musikwissenschaft an der Universität Zürich.